

Ihre Zeitung in
deutscher Sprache



1 US \$ = 0.85 Euro
1 Euro = 1.18 US \$

POSTMASTER: MUST BE DELIVERED BY SEP 12, 2020
Versandt am 9. 9. 2020 Einzelpreis US\$3.50

AMERICAN NEWSPAPER PUBLISHED IN GERMAN



W NORDAMERIKANISCHE WOCHENPOST

166th Year - No. 2359187 • Sunday, Sep. 6 - Saturday, Sep. 12, 2020



**Kinder in Deutschland
nicht so zufrieden wie
in Nachbarländern**
Seite 2



**Städte ächzen unter
Pizzakarton-Flut**
Seite 4



NACHRICHTEN - Kompakt

**Fünf Kinder getötet - Bestürzung weit
über Solingen hinaus**

Solingen (dpa) - Der Fall der fünf getöteten Kinder aus Solingen hat weithin Bestürzung ausgelöst. Er mache «traurig, wütend und fassungslos zugleich», hieß es am Freitag in einer Reaktion von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD). Die fünf Kinder - den Ermittlern zufolge drei Mädchen im Alter von 18 Monaten, zwei und drei Jahren sowie zwei Jungen im Alter von sechs und acht Jahren - waren am Donnerstag tot in einer Wohnung in Solingen entdeckt worden. Die 27-jährige Mutter steht im Verdacht, sie getötet zu haben. Anschließend soll sie sich im nahe gelegenen Düsseldorf vor einen Zug geworfen haben. Sie überlebte schwer verletzt.

**Auszahlung des Corona-Kinderbonus
startet - Linke: Unzureichend**

Berlin (dpa) - Ab heute erhalten die Eltern von rund 18 Millionen Kindern in Deutschland 300 Euro extra pro Kind von den Familienkassen. Im September sollen zunächst 200, im Oktober dann noch einmal 100 Euro Corona-Kinderbonus ausgezahlt werden. Das Geld muss nicht beantragt werden; ausgezahlt wird es automatisch. Union und SPD hatten den Kinderbonus im Juni mit ihrem Konjunkturpaket beschlossen. Es ist eines der Mittel, mit denen die Regierung die Folgen der Corona-Krise abmildern will.

**Bürger sollen sich mit Warnmöglichkeiten
vertraut machen**

Bonn (dpa) - Der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Christoph Unger, hält die Einführung eines bundesweiten Warntags für überfällig. «Es hat sich gezeigt, dass Menschen in Krisensituationen vor allem auf Bekanntes und bereits Erlerntes zurückgreifen», sagte Unger der Deutschen Presse-Agentur. Ein jährlicher Warntag immer am zweiten Donnerstag im September werde die Akzeptanz von Warnungen erhöhen. Bei dem ersten bundesweiten Probealarm an diesem Donnerstag sollen unterschiedliche Warnmöglichkeiten für den Katastrophenfall getestet werden, etwa Sirenen, Durchsagen per Lautsprecher, Mitteilungen über soziale Medien und Warn-Apps sowie digitale Werbetafeln.

**Experten warnen vor rechter
Unterwanderung der Corona-Proteste**

Berlin (dpa) - Nach den Berliner Protesten gegen Corona-Beschränkungen und der Besetzung der Reichstagsstreppe sehen Fachleute einen wachsenden Einfluss von Rechts-extremisten auf die Demonstrationen. «Die Rechten sind dabei, die Bewegung komplett zu kapern», sagte der GdP-Vizevorsitzende Jörg Radek den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Auch der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster, zeigte sich besorgt. Am Samstag hatten nach Angaben der Polizei 300 bis 400 Demonstranten Absperrgitter am Reichstagsgebäude überrannt und sich lautstark vor dem Besuchereingang aufgebaut. Dabei wurden unter anderem schwarz-weiß-rote Reichsflaggen geschwenkt.

**Kabinett will Lockerungen im
Insolvenzrecht verlängern**

Berlin (dpa) - Das Bundeskabinett will heute im Insolvenzrecht beschließen, krisenbedingte Lockerungen zu verlängern. Die Pflicht zur Stellung eines Insolvenzantrags soll bis Jahresende ausgesetzt bleiben - falls Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Unternehmens Folge der Corona-Krise sind. Diese Regelung war im März zunächst bis September eingeführt worden, um eine Pleitewelle in der Pandemie zu verhindern. Das Kabinett verlängert sie nun, wie jüngst im Koalitionsausschuss vereinbart.

UNSERE ADRESSE

Phone: 586.486.5496

N.A. Wochenpost
12200 E 13 Mile Rd, Ste. 140
Warren, MI 48093

info@wochenpostusa.com
www.wochenpostusa.com



Dirndlgipfel auf der Theresienwiese 2020



München: EXKLUSIV: Die Models Yvonne Marwan (Insta: yve_design_music, in Yve-Design) (l-r), Sabrina Kohler (Insta: _ina_ko, in Samtherz), Miriam Franz (Insta: miriam__stefania in Trachten Angermaier), Leonie Splitter (Inst: funken_momente in Daniel Fendler), Celine Mattle (in Moser Trachten), Christine Bein (Insta: carrierforshoes in Astrid Söll), Julia Broers (in Dirndlpunk by Angelika Zwerenz) und Liana Sholey (in Daller Tracht) zeigen beim Dirndlgipfel auf der Theresienwiese vor der Bavaria. Alljährlich präsentieren Models oder Prominente beim Dirndlgipfel aktuelle Trachtenmode für das größte Volksfest der Welt, das Oktoberfest. Wegen dem Coronavirus findet die Wiesn in diesem Jahr nicht statt. Foto: Felix Hörhager/dpa

Bundesregierung erhöht Druck auf Russland - Nord-Stream-Zukunft offen

Hat die Vergiftung des russischen Oppositionellen Nawalny Folgen für die umstrittene Pipeline Nord Stream 2? Die Kanzlerin schließt das zumindest nicht aus. Doch zunächst wartet die Bundesregierung auf eine Erklärung aus Moskau.

Berlin (dpa) - Nach der Vergiftung des russischen Regierungskritikers Alexej Nawalny lässt die Bundesregierung die Zukunft des Gasprojekts Nord Stream 2 weiter offen und erhöht den Druck auf Russland. Noch sei es zwar zu früh, zu entscheiden, ob der Fall Konsequenzen für den Bau der Ostseepipeline haben werde, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) halte es aber auch für falsch, etwas auszuschließen. Sie schließe sich vielmehr den warnenden Worten von Außenminister Heiko Maas (SPD) vom Wochenende an. Maas hatte in einem Interview gesagt: «Ich hoffe nicht, dass die Russen uns zwingen, unsere

Haltung zu Nord Stream 2 zu ändern.» Er halte es für falsch, Auswirkungen auf die Pipeline von vornherein auszuschließen.

Die Pipeline Nord Stream 2 wird durch die Ostsee gebaut, ist fast fertig und soll Erdgas von Russland nach Deutschland transportieren. Diskutiert wird, ob man das Projekt als Reaktion auf die Vergiftung Nawalyns stoppen oder aussetzen sollte. Damit könnte auch wirtschaftlich der Druck auf Moskau erhöht werden, den Fall aufzuklären.

Die Bundesregierung betrachtet es nach Untersuchungen in einem Speziallabor der Bundeswehr als zweifelsfrei belegt, dass Nawalny mit einem Nervengift der Nowitschok-Gruppe vergiftet wurde. Der Oppositionspolitiker wird derzeit in Deutschland behandelt. Moskau bestreitet eine Verwicklung in den Fall.

Bislang hat die Bundesregierung Russland zwar mit harten Worten zur Aufklärung aufgefordert, eine Verknüpfung mit dem europäisch-russischen Gasprojekt aber vermieden. Seibert betonte, es gebe die klare Erwartung,

dass Russland schwerwiegende Fragen zum Fall Nawalny beantworte. Damit sei jedoch nicht innerhalb weniger Tage zu rechnen.

Der Kreml rechnet derzeit nicht mit einem Baustopp für die Ostsee-Gasleitung. Auf die Frage, ob er Risiken sehe, dass der Bau nicht beendet werde, antwortete Kremlsprecher Dmitri Peskow in Moskau: «Nein.» Moskau hatte in der Vergangenheit stets betont, dass die Gasfernleitung von Russland nach Deutschland ein wirtschaftliches Projekt sei und kein politisches. Die Arbeiten an der Pipeline waren zuletzt auf den letzten Metern wegen US-Sanktionen eingestellt worden.

Auch Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) verknüpfte die Zukunft der Ostseepipeline mit dem Fall Nawalny. Aus seiner Sicht habe Maas das richtig ausgedrückt: «Es hat Russland vor allem in der Hand, ob und wie es mit Nord Stream 2 weitergehen kann», sagte Spahn im Politik-Talk «Die richtigen Fragen» auf «Bild live». «Es gibt keine wirtschaftliche Frage, die am Ende wichtiger sein kann als außen-

und sicherheitspolitische Interessen Deutschlands und Europas.»

Grünen-Chefin Annalena Baerbock würde für einen Abbruch des Pipeline-Projekts auch Entschädigungszahlungen in Kauf nehmen. Angesprochen auf etwaige Ansprüche der beteiligten Firmen sagte sie im ZDF-«Morgenmagazin»: «Ja, das wäre ein hoher Betrag. Ja, der müsste dann auch im Zweifel gezahlt werden.» Welche Schadenersatzansprüche sich aus einem möglichen Verbot der Fertigstellung ergeben würden, müsse im Falle eines Falles vor Gericht geklärt werden, hatte der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Oliver Hermes, gesagt.

Linksparteichef Bernd Rixinger sprach sich gegen einen Baustopp aus. «Wir sollten nicht vorschnelle Schlüsse ziehen und vorschnelle falsche Schritte tun, die uns selbst wirtschaftlich schaden», sagte er. Wirtschafts-sanktionen träfen immer die Bevölkerung. «Es gibt wenige Beispiele, dass solche Sanktionen geglückt sind.»